

Haushaltsrede 2016 von Lothar Kowelek

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren!

Eines gleich vorweg: Dem vorliegenden Haushaltsentwurf können wir nicht zustimmen.

Einmal mehr sind die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Detmold betroffen von Gebühren- und Steuererhöhungen auf der einen, und von Kürzungen im Bereich freiwilliger Leistungen in Kultur, Sozialem und der öffentlichen Daseinsvorsorge auf der anderen Seite.

Auch wenn die einzelnen Posten zumeist aufgehübscht werden können, weil es sich jeweils nur um einen geringen Euro-Betrag handelt, summieren die Erhöhungen sich letztlich zu einer spürbaren Belastung. Dass das Leben für die Menschen wieder teurer wird, liegt somit auch in kommunaler Verantwortung.

Grundsteuererhöhungen treffen zwar die gesamte Bevölkerung, aber richtig spüren werden das diejenigen, die eh' schon kaum zurechtkommen. So steigen in der Gesamtbetrachtung die Kosten für die Nutzung des ÖPNV. Besonders problematisch ist das für Menschen, die in Armut leben müssen. Das Mobi-Ticket für genau diese Menschen erhöht sich aber auch um 3,50 Euro. Unser Hinweis, dass hierdurch eine Überschreitung des Anteils für ÖPNV, der im Regelsatz der Grundsicherung vorgesehen ist, eintritt, wurde ignoriert.

25 Euro und ein paar Cent sind im ALG II für Verkehr allgemein vorgesehen. Wie realistisch das auch immer sein mag, ein Teil davon ist jedenfalls gedacht als Geld für Fahrradverkehr und Fahrradreparaturen sowie für Reisen. Wenn aber der Löwenanteil für das Mobi-Ticket weggeht, fällt das Fahrradfahren und Weiteres zwangsläufig weg.

Der Hinweis, dass andere noch teurer sind als Detmold, mag stimmen. Wenn andere Städte gewissermaßen mit 70km/h durch die geschlossene Ortschaft fahren, die Stadt Detmold aber nur mit 65 km/h, ist sie dennoch zu schnell. Zu schnell ist zu schnell, und zu viel ist zu viel.

Und letztlich darf auch nicht außer Acht gelassen werden, dass mit den Tarifierhöhungen im ÖPNV jede Klimaschutzpolitik in Detmold konterkariert wird. Wer den Klimawandel stoppen will, muss dafür sorgen, dass der Individualverkehr reduziert wird, und der öffentliche Nahverkehr durch hervorragende Taktung, gründliche Abdeckung aller Ortsteile und ebenso günstige wie einfache Preismodelle Pluspunkte sammeln kann. Langfristig muss der ÖPNV kostenfrei angeboten werden und bis dahin für alle Bevölkerungsgruppen bezahlbar sein. Die Kostendeckung ergibt sich aus dem Erhalt unserer natürlichen Ressourcen und der Lebensqualität in unseren Städten.

Es ist keineswegs so, dass wir generell gegen Kürzungen oder sinnvolle, echte Sparmaßnahmen sind. Unsere diesbezüglichen Vorschläge, die wir ja gemacht haben, wie zum Beispiel zum Umgang mit der LTM, bleiben aber bisher völlig unberücksichtigt.

So auch unser Vorschlag, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Pflegefamilien unterzubringen, denn die kosten weniger als stationäre Einrichtungen. Eine Übernahme dieses Antrags durch die Stadt würde

letztlich ein Verfahren herbeiführen, welches seitens des Kreises Lippe bereits erfolgreich praktiziert wird. Umso unverständlicher bleibt die kürzliche Weigerung, überhaupt in die Diskussion einzusteigen.

Auch hinsichtlich der KiTa-Beiträge haben wir z.B. die Einkommens-Obergrenze kritisiert. Eine Abschaffung dieser Grenze würde für mehr Gerechtigkeit sorgen und zu weiteren Einnahmen führen.

Wer also behauptet, wir würden nur Ausgaben forcieren ohne Einnahmen zu generieren, liegt schlicht falsch und wir weisen derartige Behauptungen zurück.

Im Gegenteil: Wir weisen auch und besonders für den Haushalt 2016 auf die dringende Notwendigkeit hin, Einnahmen zu generieren. Unseren Standpunkt dazu haben wir in verschiedenen Anträgen und Diskussionsbeiträgen deutlich gemacht.

Die Realität in Detmold, zum Beispiel bei der Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer nur um 16 Punkte, bleibt nach unserer Auffassung klar hinter den Notwendigkeiten zurück. Dabei ergibt sich die Gewerbesteuer ausschließlich aus den Gewinnen der Unternehmen, und ist mit der Reform von 2008 sowieso schon zurückgefahren worden.

Ein weiterer Antrag unserer Fraktion auf Einstellung von Wirtschafts- bzw. Betriebsprüfern für die Gewerbesteuer wurde abgelehnt. Dabei ergab eine Umfrage in Unternehmen 2011, dass 51,8 % eine bessere Kommunikation mit dem Finanzamt wünschen und 11,9 % zeitnahe Betriebsprüfungen. Die Quelle dazu ist nicht uninteressant: Auftraggeberinnen für die bei statista.de verfügbaren Daten waren die Wirtschaftswoche und die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft!!! Die Erwartungen der Wirtschaft gingen sogar dahin, dass sie für ihr Unternehmen eben gerade durch diese Maßnahmen eine spürbare Entlastung von Bürokratie erwarteten!

Wir schlagen darüber hinaus vor, dass das Parkhaus am Klinikum als schlagkräftiges Argument in die anstehenden Verhandlungen zur Kreisumlage mit eingebracht wird! Wir sind gespannt, ob dieser Vorschlag berücksichtigt wird.

Die Stadt Detmold geht im Großen und Ganzen einen völlig anderen Weg: Kürzen nach dem Gießkannenprinzip!

Leidtragende sind nicht nur Sport- und andere Vereine und die Aktiven dort. Auch Detmold als Kulturstadt ist in Gefahr. Ebenso wie breit gestreute Freizeitmöglichkeiten in Vereinen und beispielsweise die kostengünstige Nutzung der Freibäder dienen Kultur und Sport der Integration und das wiederum ist eine Investition in die Zukunft. Wenn uns in Detmold eine nachhaltige Integration der Neubürgerinnen und Neubürger gelingt, dann ist das eine Wertschöpfung für die Zukunft, die gar nicht hoch genug angesetzt werden kann.

Allerdings werden wir wohl auch im nächsten Jahr wieder auf das Prinzip Hoffnung setzen:

Hoffnung, dass es nun endlich mit der Konnexität klappt; Hoffnung, dass die Einnahmen der Gewerbesteuer nicht wieder wegbrechen; Hoffnung, dass der Kämmerer mit größtmöglicher Kreativität auch im nächsten Jahr trotz fehlender Mittel einen vertretbaren Haushalt einzubringen vermag.

Uns allen dabei viel Glück.